Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nationaler Schulterschluss
2. Deutschlands Plan: Mega-Deal mit tausenden Panzern gegen Putin
3. Schock vor Ukraine-Wiederaufbaukonferenz: Blackrock stoppt Investorensuche
4. Machtprojektionen in der Asien-Pazifik-Region
5. Tony Blair’s staff took part in ‘Gaza Riviera’ project with BCG
6. „Brandmauern sind gescheitert“ – BSW-Politiker reagiert auf Gespräche von Wagenknecht und AfD
7. Staatliche Mittel für behinderte Menschen sollen drastisch sinken
8. Blinken gab den Befehl. Big Tech führte ihn aus. African Stream ist tot.
9. Saif al-Islam Gaddafi: In der MENA-Region ist Israel der größte Verlierer
10. US-Farmer sollen selbst „Verantwortung“ über ihre illegale Arbeiter übernehmen: Kritiker sehen „Privatisierung der Sklaverei“
11. Verdeckt wohnungslos: Von Couch zu Couch
12. Kurzvideos erschweren das Lernen
13. Mangelernährung kann zum Problem für Klinikpatienten werden
14. Warum erfahren die Gebührenzahler nicht, was sie die Gelbhaar-Blamage des RBB kostet?
15. „Wenn das Gericht von ‚Tat-tuenden‘ spricht, möchte man eigentlich lachen“
16. Wie die Corona-Berichterstattung mein Bild vom Journalismus erschütterte

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nationaler Schulterschluss**
   Die Bundesregierung setzt beim Ausbau der militärischen Reserve auf eine intensivere

Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Wie Bundeskanzler Friedrich Merz auf einer Veranstaltung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) erklärte, „müssen und sollten“ Unternehmer ihren Angestellten Tätigkeiten als Reservisten ermöglichen – auch wenn das „Konsequenzen für Ihre Unternehmen“ habe. Die Bundeswehr baut seit Jahren gezielt sogenannte Partnerschaften der Reserve mit deutschen Firmen auf. Auf Reservisten setzt Berlin im Kontext der Vorbereitungen auf einen möglichen Krieg gegen Russland vor allem beim sogenannten Heimatschutz; Berufssoldaten würden im Kriegsfall überwiegend an die Ostfront verlegt. Schon jetzt bindet die Bundeswehr Reservisten in Großmanöver ein. Eine Vielzahl von Unternehmen hat in Sachen Heimatschutz bereits Kooperationsverträge mit der Armee unterzeichnet – unter anderem Lufthansa und Amazon, aber auch mittelständische Betriebe und die Bundesagentur für Arbeit. Der BDI fordert in Sachen Aufrüstung einen engen Schulterschluss zwischen Staat und Wirtschaft, der weit über eine Vereinfachung des Reservistendienstes hinausgeht.
Quelle: German Foreign Policy

2. **Deutschlands Plan: Mega-Deal mit tausenden Panzern gegen Putin**
„Der Gesamtzustand der deutschen Wiederaufrüstung ist katastrophal“, schreibt Guntram Wolff. Zusammen mit anderen Analysten des in Brüssel sitzenden Thinktanks Bruegel hat Wolff Deutschland dieses Armutszeugnis Ende 2024 ausgestellt: „Kriegsbereit in Jahrzehnten“ lautete das Ergebnis der Wissenschaftler. Jetzt hat Deutschland aber vermutlich einen weiteren Schritt gemacht: Laut dem Wirtschaftsdienst Bloomberg will Deutschland 25 Milliarden Euro investieren, um die Nato-Truppen an der Ostflanke mit bis zu 1.000 Kampf- und bis 2.500 Schützenpanzern zu verstärken. Eine Investition, die Wladimir Putins Mütchen kühlen und ihm beweisen soll, dass er auf ein anderes Europa treffen würde, als das, dass vor dem Ukraine-Krieg von der Friedensdividende gezehrt hat. So zumindest die Theorie.
Quelle: FR Online

dazu auch: **Mit Militärausgaben die Wirtschaft retten?**
Das Problem liegt in der Zusammensetzung des Finanzpakets von Union, SPD und Grünen. Oder genauer: Es liegt in der Priorisierung der Militärausgaben gegenüber den Infrastrukturinvestitionen. Nicht einsichtig ist, warum Verteidigungsausgaben jeglicher Höhe, die ein Prozent der Wirtschaftsleistung überschreiten, nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen, gleichzeitig aber das Sondervermögen für Infrastruktur gedeckelt wird. […]
Gerade Rüstungsgüter sind bezüglich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ökonomisch betrachtet funktionslos. Da sie als unreproduktive Waren nicht wieder in den Reproduktionsprozess des Kapitals eingehen, steigern sie auch nicht die

Arbeitsproduktivität. Ganz anders die reproduktiven Staatsausgaben: Zahlreiche Studien zeigen, dass zum Beispiel Infrastrukturinvestitionen Straßen, Brücken, Autobahnen, Flughäfen, Schienennetze, Wasserinfrastruktur und anderes öffentliches Kapital schaffen, das die Produktivität der Beschäftigten in der Volkswirtschaft insgesamt erhöht. […]
Minskys Einschätzung, dass von unreproduktiven Staatsausgaben für das Militär eine besondere Inflationsgefahr ausgeht, erscheint plausibel. In jedem Fall ist der inflationäre Effekt von Militärausgaben größer als derjenige reproduktiver Staatsausgaben, also etwa der genannten Ausgaben für Infrastruktur. Denn kleinere, schnell einsatzbereite Infrastrukturprojekte führen zu einem Anstieg der Produktion, der einer Inflation entgegenwirkt. Größere Infrastrukturinvestitionen – wie z.B. in den Bau einer Bogenbrücke, eines Staudamms oder eines Flughafens, deren Fertigstellung jeweils mehrere Jahre dauert – können inflationär wirken, solange sie noch nicht abgeschlossen sind, aber wenn die Anlagen in Betrieb genommen werden, führen sie zu einer dauerhaften Zunahme der Produktion. Militärausgaben erhöhen die absetzbare Produktion weder kurzfristig noch langfristig. Insofern sind sie mit einem relativ großen Inflationsrisiko verbunden, tragen aber nichts zur nützlichen Produktion bei, wie es Minsky ausdrückt.
Quelle: Günther Grunert auf Budrich Journals (Bezahlschranke)

Anmerkung unserer Leserin C.S.: *Ein großartiger Artikel, der theoretisch und mit empirischen Belegen überzeugend verdeutlicht, warum die Steigerung der Militärausgaben auch aus ökonomischer Sicht widersinnig ist.*

und: **Der barbarische Russe: Wenn der noch fruchtbare Schoß wieder kreißt**
Deutschland rüstet sich für einen Krieg mit Russland, das gar keine Kriegsabsichten gegenüber Deutschland hegt. Gleichzeitig unterstützt deutsche Politik mit der Ukraine und Israel gleich zwei rechte Regime. Deutschland liefert Waffen für Genozid und Kriegsverbrechen. Deutsche Politik unternimmt nichts, um Konflikte auf diplomatischem Weg zu lösen, dafür aber alles, um seine imperialistischen Interessen kompromisslos durchzusetzen. Man ist sich entweder mit Deutschland einig, oder man ist nicht mit Deutschland, ist das kompromisslose Motto deutscher Außenpolitik. Deutschland wiederholt nun zum dritten Mal, was bei Versuch eins und zwei zum Glück für die Welt gescheitert ist.
Die Frage ist, wie es trotz all der Nie-Wieder-Beteuerungen nach 1945 dazu kommen konnte? Woher kommt die fehlende Resilienz?
Quelle: Gert Ewen Ungar in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Die Unterstützung der fragwürdigen Regimes in*

der Ukraine seit 2014 durch deutsche Bundesregierungen hätte Anlass für echte Demos gegen Rechts sein können. Aber im deutschen Mainstream wird die Ukraine quasi als "lupenreine Demokratie" gepriesen, die die „westlichen Werte" verteidige.

3. **Schock vor Ukraine-Wiederaufbaukonferenz: Blackrock stoppt Investorensuche**
   Seit mehr als zwei Jahren dauert der Krieg zwischen Ukraine und Russland an. Nun stellt der weltgrößte Vermögensverwalter die Investorensuche für die Ukraine ein. In der Ukraine könnten bald die Würfel fallen. Während Russland schwere Angriffe ausführt, halten die USA wichtige Waffenlieferungen zurück. Am Donnerstag soll in Rom auf einer Wiederaufbaukonferenz Geld für die Selenskyj-Regierung gesammelt werden. Doch es droht die nächste Hiobsbotschaft.
   Quelle: Berliner Zeitung

   dazu auch: **Doctorow: Normalisierung der russisch-amerikanischen Beziehungen wieder auf Kurs**
   In der Berichterstattung westlicher Medien über das einstündige Telefonat zwischen Trump und Putin am 3. Juli stand Trumps angebliche Enttäuschung über die Entschlossenheit des russischen Präsidenten, den Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen, bis alle Ziele Russlands erreicht sind, im Vordergrund. Putin erklärte, die Tür für die Fortsetzung der Friedensverhandlungen mit Kiew stehe jederzeit offen, jedoch ohne Kompromisse hinsichtlich der Endziele Russlands.
   Ausgehend von Trumps angeblicher Enttäuschung über Putin interpretierten die westlichen Medien das kurz darauf folgende Telefonat Trumps mit Wladimir Selensky als Zeichen einer neuen Freundlichkeit und Bereitschaft, die Ukraine zu verteidigen, die es einfach nicht gibt. Wir hören von Trumps Bereitschaft, Möglichkeiten für die Lieferung weiterer Patriot-Raketenabwehrbatterien an die Ukraine zu prüfen, und davon, dass er eine gemeinsame Produktion des Patriot-Systems mit der Ukraine in Betracht zieht, um deren Verteidigungsbedürfnisse zu befriedigen.
   „Bereitschaft zu prüfen" bedeutet keine Verpflichtung.
   Quelle: Seniora.org

4. **Machtprojektionen in der Asien-Pazifik-Region**
   Die Bundeswehr schickt rund 200 Soldaten des Deutschen Heeres zu einem Großmanöver nach Australien. Die Einheiten, darunter Fallschirmjäger, sind bereits Ende vergangener Woche aufgebrochen; sie nehmen an Talisman Sabre teil, einer regelmäßig abgehaltenen Kriegsübung, die mit mehr als 30.000 Soldaten aus 19 Staaten in diesem Jahr größere Dimensionen hat als je zuvor. Ausgerichtet wird das Manöver von den Vereinigten Staaten und Australien, das in US-Szenarien für einen

etwaigen Krieg gegen China hohe Bedeutung als rückwärtiger Truppenstandort in relativer Nähe zur Volksrepublik hat. Für die Bundeswehr ist die Teilnahme an Kriegsübungen in Australien seit der ersten Asien-Pazifik-Fahrt einer deutschen Fregatte im Jahr 2021 Routine geworden. Im australischen Polit-Establishment herrscht gegenwärtig eine gewisse Unruhe, weil die Trump-Administration den AUKUS-Pakt einer Überprüfung unterzieht. Als denkbar gilt, dass sie Teile der rüstungs- und militärpolitisch bedeutenden Vereinbarung nicht einhält. Canberra ist nun mit der EU über eine Rüstungskooperation im Gespräch. Unterdessen führt China erstmals Marinemanöver in relativer Nähe zu Australiens Küste durch.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Nato-Chef warnt vor Doppelangriff durch Russland und China**
Nato-Generalsekretär Mark Rutte hat vor einem Doppelangriff Russlands und Chinas gewarnt. „Wenn Xi Jinping Taiwan angreift, wird er vorher seinen Juniorpartner in all dem, Wladimir Wladimirowitsch Putin, anrufen und ihm sagen: ‚Ich brauche dich, damit du die Nato in Europa beschäftigst'", sagte Rutte am 5. Juli in einem Interview mit der New York Times. (…) Die Achse Moskau–Peking–Pjöngjang – verbunden mit dem Einfluss Irans im Nahen Osten – stelle laut Experten die größte Bedrohung für die westliche Sicherheitsarchitektur seit dem Kalten Krieg dar. Rutte und andere warnen: Diese Gefahr sollte nicht unterschätzt werden.
Quelle: Berliner Zeitung

5. **Tony Blair's staff took part in 'Gaza Riviera' project with BCG**
The Tony Blair Institute participated in a project to develop a postwar Gaza plan that envisaged kick-starting the enclave's economy with a "Trump Riviera" and an "Elon Musk Smart Manufacturing Zone".
The plan outlined in a slide deck, seen by the Financial Times, was led by Israeli businessmen and used financial models developed inside Boston Consulting Group (BCG) to reimagine Gaza as a thriving trading hub.
Quelle: FT (Bezahlschranke)

dazu auch: **Die Barbaren sind wir**
Der Westen hat sich in einer Hybris der Arroganz verloren und glaubt, er könne nichts mehr von anderen Kulturen lernen — dabei ist sein Hauptexportschlager Krieg.
Der Tod in Gaza findet als Liveshow Eingang ins Leben der westlichen Wertegemeinschaft. Wie ein Feuerwerk können Israelis das Sterben in Gaza beobachten. Es ist, als könne man von erhöhten Podesten nach Gaza schauen, fotografieren, den Sieg genießen, applaudieren. Diese absurde Vorstellung — eine Vorstellung, ein Event, vom Recht zu töten — muss uns Menschen fragen lassen: Sind

wir der Menschlichkeit noch fähig? Ist die Fähigkeit zur Empathie auf dem Weg in den eigenen skrupellosen Narzissmus verloren gegangen?
Quelle: Manova

und: **Wo sind wir nur gelandet? Und was müssen wir noch lernen?**
Ich gehöre zu der Generation, die – in unserer eigener Wahrnehmung zumindest – erfolgreich für den Frieden demonstriert hat, damals zwischen 1981 und 1983 in verschiedenen europäischen Hauptstädten. Es ging gegen den NATO-Doppelbeschluss, der grob hiess: Erst aufrüsten, dann verhandeln. Wir aber wollten Frieden schaffen ohne Waffen. Wie konnte das so dermassen schiefgehen? Die Samstagskolumne.
Quelle: pressenza

6. **„Brandmauern sind gescheitert" – BSW-Politiker reagiert auf Gespräche von Wagenknecht und AfD**
   AfD-Chef Tino Chrupalla liebäugelt mit einer Zusammenarbeit aus AfD und Sahra Wagenknechts BSW, spricht öffentlich über Gespräche auf Bundesebene. Wagenknecht selbst scheint die ausgestreckte AfD-Hand anzunehmen, stehe „selbstverständlich" für Gespräche bereit. Innerhalb des BSW gibt es aber auch kritische Stimmen. Der einflussreiche Europaabgeordnete Fabio De Masi kritisiert die AfD auf Anfrage unserer Redaktion deutlich – erklärt Brandmauern allerdings für gescheitert.
   Quelle: FR Online

   dazu auch: **Wahl neuer Verfassungsrichter: Union droht die nächste Abstimmung mit AfD-Stimmen**
   Am Bundesverfassungsgericht müssen drei Stellen nachbesetzt werden. Eine jeweils nötige Zweidrittelmehrheit ohne die AfD können Union, SPD, Grüne und Linke nur zusammen schaffen. Sowohl die CDU als auch die Linke schalten allerdings auf stur.
   Quelle: n-tv

7. **Staatliche Mittel für behinderte Menschen sollen drastisch sinken**
   Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 sieht massive Kürzungen bei den Mitteln für behinderte Menschen vor. Die Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz sollen um über 40 Prozent sinken. 2024 standen noch rund 234 Millionen Euro zur Verfügung. 2025 sollen nur noch knapp 135,5 Millionen Euro ausgegeben werden. Die Kosten für Inklusion sollen ebenfalls deutlich sinken. 523,7 Millionen Euro waren 2024 hierfür in den Etat eingestellt. 2025 sollen es nur noch knapp 410 Millionen Euro sein.
   Quelle: multipolar
8. **Blinken gab den Befehl. Big Tech führte ihn aus. African Stream ist tot.**

Am Dienstag, dem 1. Juli 2025, veröffentlichte African Stream sein letztes Video, eine trotzige Abschiedsbotschaft. Damit bestätigte das einst florierende panafrikanische Medienunternehmen, dass es endgültig geschlossen wird. Nicht weil es gegen das Gesetz verstoßen hätte. Nicht weil es Falschinformationen verbreitet oder zu Gewalt aufgerufen hätte. Sondern weil es die falsche Geschichte erzählte, eine, die die Macht der USA in Afrika in Frage stellte und bei schwarzen Zuschauern auf der ganzen Welt zu viel Resonanz fand. Als Außenminister Antony Blinken es beschuldigte, eine Frontorganisation des Kremls zu sein, zögerte Big Tech nicht lange, und innerhalb weniger Stunden wurde die Plattform von fast allen großen Social-Media-Seiten gelöscht.
Quelle: Antikrieg

9. **Saif al-Islam Gaddafi: In der MENA-Region ist Israel der größte Verlierer**
Am 7. Juli 2025 fand sich auf dem X-Account „saifqaddafi“ eine bemerkenswerte Stellungnahme zur aktuellen Situation der MENA-Region, die auch von LibyaPress veröffentlicht wurde. Saif al-Islam Mummar Gaddafi postete: „Der verstorbene Führer Muammar Gaddafi sagte mir einmal, die USA würden niemals einen umfassenden Krieg oder eine größere Konfrontation mit dem Iran beginnen, wie sie es im Irak, in Afghanistan oder in anderen Ländern taten. (Dies bezieht sich auf einen großen Krieg oder eine massive militärische Invasion, nicht auf die jüngsten begrenzten Luftangriffe.) Henry Kissinger machte nur wenige Monate vor seinem Tod eine recht denkwürdige Aussage: „Es stehen Ereignisse bevor, die die Landkarte des Nahen Ostens neu gestalten werden.“ Diese Aussage erregte damals keine Aufmerksamkeit und auch heute erinnert sich kaum jemand daran. Allerdings hörten wir dieselben Worte vor kurzer Zeit auch von Netanjahu.
Quelle: Gela-News
10. **US-Farmer sollen selbst „Verantwortung“ über ihre illegale Arbeiter übernehmen: Kritiker sehen „Privatisierung der Sklaverei“**
Die Abschiebungen von illegalen Einwanderern in den USA durch ICE bringen Präsident Donald Trump in die Bredouille: Er sitzt nun zwischen den Stühlen zweier Fronten, deren Unterstützung er nicht verlieren will. Dabei handelt es sich um MAGA-Hardliner, starke Verfechter seiner Grenzpolitik auf der einen Seite, und hochrangigen Vertretern der Agrarindustrie auf der anderen Seite.
Quelle: FR Online
11. **Verdeckt wohnungslos: Von Couch zu Couch**
Sie finden keine Wohnung, schlafen bei der Familie oder Freunden: verdeckt Wohnungslose. Unsere Autorin war eine von ihnen.
Niemals hätte ich gedacht, dass es auch mich treffen kann. Dass ich auf der Straße landen würde. Doch jetzt stehen mein Freund und ich in Berlin-Treptow auf dem

Parkplatz vor dem Selfstorage, in dem wir gerade die Kisten mit unserem Hab und Gut verstaut haben. Und sind wohnungslos. Beide berufstätig, keine Mietschulden, keine Haustiere, bei einem gemeinsamen Mietbudget von 1.200 Euro im Monat.
Quelle: taz

12. **Kurzvideos erschweren das Lernen**
Kurze Lernvideos auf Social Media erzielen täglich Millionen Klicks. In zwei Studien der TU Braunschweig ist jetzt der Lerneffekt dieser Erklärvideos getestet worden – das Ergebnis ist ernüchternd.
Unterhaltsame Wissensvermittlung in maximal einer Minute: Erklärvideos auf Social Media versprechen, auch spröden Lernstoff schnell und interessant zu präsentieren. Thorsten Otto vom Institut für Pädagogische Psychologie an der Technischen Universität Braunschweig will den bewussten Umgang mit den neuen Medien fördern. Deshalb hat er in zwei Experimenten untersucht, welchen Effekt Kurzvideos auf den Lernerfolg haben. "Die visuellen Informationssnacks fördern eine oberflächliche Lernstrategie", fasst der Psychologe die Ergebnisse seiner gerade erschienenen Studie zusammen. Tiefergehendes Nachdenken und nachhaltig verankertes Wissen erzeugte der Videokonsum indes nicht.
Quelle: tagesschau
13. **Mangelernährung kann zum Problem für Klinikpatienten werden**
Viele Patienten in deutschen Krankenhäusern erhalten nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie zu wenig und zu eiweißarmes Essen. Die Folgen seien vor allem bei alten und schwer kranken Menschen Mangelernährung, Gewichtsabnahme, Muskelschwund und eine zu geringe Energiezufuhr.
Quelle: mdr
14. **Warum erfahren die Gebührenzahler nicht, was sie die Gelbhaar-Blamage des RBB kostet?**
Es ist einer der größten Medienskandale der Bundesrepublik, der nun einen vorläufigen Abschluss findet: der Fall Stefan Gelbhaar. Nachdem der Grünen-Politiker den RBB wegen rufschädigender Berichterstattung auf Schadenersatz verklagt hatte, gab der Sender in dieser Woche bekannt, er habe sich mit Gelbhaar geeinigt, außergerichtlich. Über die Summe der Entschädigung habe man Stillschweigen vereinbart. Gelbhaar hatte zuvor rund 1,7 Millionen Euro gefordert.
Dass der Sender nach all den Blamagen nicht offenlegt, was die hausinternen Fehler den Gebührenzahler kosten, ist ein eigener kleiner Skandal für sich. Es ist der letzte Aspekt in einer beispiellosen Kette journalistischer und unternehmerischer Fehlleistungen.
Quelle: Berliner Zeitung
15. **„Wenn das Gericht von ‚Tat-tuenden' spricht, möchte man eigentlich lachen"**

„Tat-tuende Person“ statt Täter: Im WELT-Interview warnt Staatsrechtler Boehme-Neßler von den Folgen solcher Formulierungen vor Gericht. Außerdem kritisiert er einen Personalvorschlag für das Verfassungsgericht. Es brauche Juristen, die die Bürger gegen „den übergriffigen Staat“ verteidigten.
Quelle: Welt Online

16. **Wie die Corona-Berichterstattung mein Bild vom Journalismus erschütterte**
Das Wort Corona beherrschte für mehr als drei Jahre die Welt – auch mithilfe der Medien. Für unsere Autorin verloren diese damals ihren Anspruch als Vierte Gewalt. Vielleicht denken jetzt viele: Ach, nicht schon wieder Corona! Wir sind froh, dass es vorbei ist. Ja, das bin ich auch, wenn es denn wirklich vorbei wäre. Aber wir müssen dringend reden, ohne Schaum vor dem Mund, ohne gegenseitige Verurteilung, ohne Einordnung des Gegenübers in irgendeine Schublade. Denn das, was 2020 und in den Jahren danach geschehen ist, darf es so nicht wieder geben. Und deshalb müssen gerade wir Journalisten dringend unser Selbstverständnis als querdenkende Infragesteller, meinungsoffene Wahrheitssucher und unerschrockene Kritiker wiederfinden.
Quelle: Berliner Zeitung